



## Free Burma, free Aung San Suu Kyi

The Irrawaddy – 19. März 2006 - <http://www.irrawaddy.org/aviewer.asp?a=6826&z=163>  
**Ein weiterer Demonstrant in Rangoon verhaftet - Khun Sam**  
BurmaNet News, March 17-19, 2007 - Issue # 3164 - [www.burmanet.org](http://www.burmanet.org) - "Editor" <editor@burmanet.org>

Die burmesischen Behörden erhielten den Druck auf Dissidenten in Rangoon aufrecht, indem sie an diesem Wochenende einen weiteren Teilnehmer der Demonstration vom 22. Februar verhafteten.

Soe Myint Htein, 42, wurde am Freitag von einem Sonderkommando der burmesischen Polizei in einem Café in der Gemeinde Nord-Okkalapa festgenommen.

Thein Aung Myint, ebenfalls Demonstrant und Bruder von Soe Myint Htein, der bereits vorher festgenommen und dann wieder freigelassen worden war, berichtete am Montag den The Irrawaddy: "Er war wegen seiner Teilnahme an der Demonstration in einem Café festgenommen worden und wir erfahren jetzt, dass er sich im Untersuchungszentrum der Anstalt Aung Thabye befindet."

Durch die Festnahme von Soe Myint Htein stieg die Anzahl der durch die burmesischen Behörden verhafteten Demonstranten des 22. Februar auf 17. Sie hatten bessere Lebensbedingungen, eine bessere medizinische Versorgung und 24 Stunden Elektrizität am Tag gefordert.

Ausser Soe Myint Htein waren 16 der Demonstranten, die Ende Februar/Anfang März festgenommen worden waren, wieder ohne Anklage auf freien Fuss gesetzt worden.

In der Zwischenzeit untersagten die Behörden eine religiöse Zeremonie in der Nähe des Theingyi Marktes in Rangoon, wo weitere Teilnehmer der Demonstration, die gegen die Regierung gerichtet war, den 40jährigen Demonstranten Htin Kyaw auf seinen Eintritt in das Kloster vorbereiteten.

Htin Kyaw schor seinen Kopf am

Sonnabend in Vorbereitung auf die Zeremonie am folgenden Tag. Die Behörden untersagten die Zeremonie dann am Sonntag.

"Dies ist ein religiöses Ereignis (der Eintritt ins Kloster) und hätte nicht durch den Druck der Behörden untersagt werden dürfen," sagte ein Mönch in Rangoon, der die Prinzipien des Buddhismus lehrt. "Jeder kann Mönch werden, wenn die oberen Mönche ihre Zustimmung dazu gegeben haben."

Demonstrationen gegen die Regierung in Burma sind selten, weil die Behörden scharf mit den Dissidenten umgehen.

<http://www.irrawaddy.org/aviewer.asp?a=6826&z=163>

\*\*\*\*\*

Daily Times - 27.03.2007

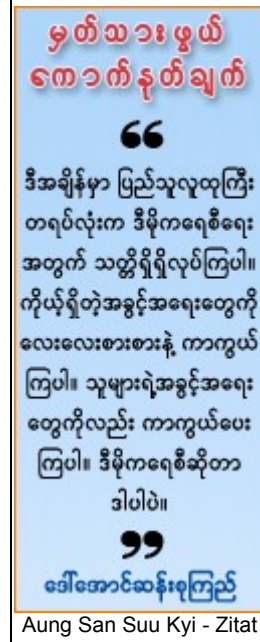
### Myanmars Junta schwört, die Opposition zu zerschlagen

"anilverma7" <[anilverma7@yahoo.com](mailto:anilverma7@yahoo.com)> - [NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com](mailto:NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com)

Naypyidaw: Mit der jährlichen Militärparade am Dienstag gab Myanmar mit dem Junta-Chef Than Shwe, der wenig Zeichen von angeblicher Krankheit zeigte, in seiner neuen Hauptstadt eine Schau von Macht und Kampfesstimmung

Am Tag der Armee marschierten um die 15.000 Truppen über den widerhallenden Paradeplatz des vom Militär regierten Landes in der neu errichteten Hauptstadt Naypyidaw, im Schatten der Denkmäler alter burmesischer Könige, an Fahnen mit dem Emblem der Armee vorbei. Senior General Than Shwe, der standhaft eine Stunde lang in der Morgensonne stand, rügte die Vereinigten Staaten dafür, dass sie die Junta wegen Menschenrechten und demokratischer Reformen in die Pflicht nehmen wollen.

"Wie die Lehren der Geschichte



zeigen, kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass mächtige Länder, die ihren Einfluss über unser Land ausdehnen wollen, alles unternehmen werden, um unsere nationale Einheit zu unterminieren," sagte er und fuhr fort, indem er schwor, "dass wir Hand in Hand mit un-

serem ganzen Volk die interne wie auch externe Gefahr zerstörerischer Elemente, die sich der Stabilität und Entwicklung unseres Landes entgegenstellen, ausmerzen werden."

Nach seiner 10 minütigen Rede nahm der ordensbedeckte Than Shwe die Parade ab, wobei er aufrecht ausserhalb des Sonnendaches seines immens langen Mercedes stand. Die Parade begann, als die Sonne über Naypyidaw aufging, einer Stadt, die das Militär insgeheim aus dem Dschungel Zentralburmas erstehen liess.

Es herrschte fast eine festliche Stimmung mit lächelnden Generälen, denen es sehr wichtig war, die neue Hauptstadt den ausländischen Medien zu präsentieren, denen zum ersten Mal erlaubt war, dorthin zu reisen.

Die Öffentlichkeit war von der Veranstaltung ausgeschlossen, die an den Beginn des Widerstandes gegen die japanische Besetzung während des II. Weltkrieges erinnert. Es ist eine der wenigen Anlässe im Jahr, an denen Than Shwe es zulässt, dass sein Bild in den öffentlichen Medien erscheint.

Der 73jährige stand dieses Jahr wegen der weitverbreiteten Gerüchte .....  
.....

.... ↗ seiner angeschlagenen Gesundheit unter besonderer Beobachtung. Er war im Januar zwei Wochen lang zur medizinischen Untersuchung in Singapur und veranstaltete nach seiner Rückkehr eine ungewöhnliche Serie von Auftritten, um jegliche Besorgnis über sein Wohlbefinden zu zerstreuen.

\*\*\*\*\*

**The Irrawaddy** - 9. April 2007 -

<http://www.irrawaddy.org/aviewer.asp?a=6934&z=163>

## **Splittergruppen der Rebellen überfallen das Hauptquartier**

**des KNU Bataillons - Shah Paung**

THE BURMANET NEWS - April 7-9, 2007- Ausgabe Nr. 3179 - "Editor" <[editor@burmanet.org](mailto:editor@burmanet.org)>-[www.burmanet.org](http://www.burmanet.org)

Das KNU-Bataillon 101 verliess sein Hauptquartier am Montag nach drei Tage andauernden Scharmützeln mit Splittergruppen von Rebellen. Hunderte von Dorfbewohnern wurden dadurch gezwungen, von den Karen-Staaten nach Thailand zu fliehen, berichteten Quellen von der thailändischen Grenze am Montag.

Am Samstag fanden Kämpfe zwischen rivalisierenden Armeen statt, am Sonntag und Montag zwischen Truppen der Karen National Union und der von der Junta unterstützten Democratic Karen Buddhist Army, die mit anderen Splittergruppen zusammenarbeitet. Die internen Machtkämpfe trieben hunderte von Dorfbewohnern nach Thailand, sagten Beobachter.

Die Basis des Hauptquartiers befand sich gegenüber von Mae Ramat in der Tak-Provinz, Thailand.

Mehr als 200 burmesische Dorfbewohner trafen in Mae Ramat ein und lt. Bericht des Generalsekretärs der KNU, Mahn Sha, hat eine weitere geschätzte Zahl von 300 Dorfbewohnern ihre Häuser verlassen.

Reuters berichtet, dass Thai-Militärquellen zufolge bei den jüngsten Zusammenstößen mindestens 17 Menschen getötet und weitere 19 verwundet worden seien. Eine Bestätigung über Tote war am Montag von keiner der beiden Seiten erhältlich. Soldaten des KNU-Bataillons 101 der Frontlinie berichteten dem The Irrawaddy jedoch am Montag, dass durch ihre Einheit ein Soldat getötet und 4 weitere verwundet wurden.

Hilfstruppen an der Grenze geben zusammen mit dem Karen Flüchtlings-Komitees und dem thailändisch-burmesischen Konsortium den neu angekommenen Flüchtlingen Hilfestellung.

Seit Samstag befinden sich Karen-

Waffenstillstandsgruppen einschliesslich des KDBA und anderen Karen-Waffenstillstandsgruppen in Auseinandersetzungen mit der 7. KNU-Brigade 101 und dem Bataillon 24.

Ein burmesischer Händler, der von Kawkarcik am Sonntag in Myawaddy eintraf, berichtete: "Alle LKWs, Busse und PKWs mussten am Wegrand anhalten. Viele der Armeewagen beförderten verwundete oder tote Soldaten.

Lt. einer Quelle der DKBA gab es in der 6. KNU-Brigade gegenüber Umphang in der Tak-Provinz keine Kämpfe, aber die Dorfbewohner fliehen zur Grenze, da der DBKA mehr Truppen in das Gebiet der 6. Brigade verlegt hat. Der DKBA hatte sich im Januar 1995 von der KNU losgesagt.

Die Free Burma Rangers, eine Hilfstruppe, berichtete am Samstag, dass Anfang April ein Angriff der burmesischen Armee auf ein Karen-Dorf in der Gemeinde von Kyauk Kyi stattgefunden habe, bei dem wenigsten ein Dorfbewohner ums Leben kam. Mehr als 900 Menschen wurden evakuiert.

Samstagabend berichteten Händler vom Drei-Pagoden-Pass, dass eine Handgranate im Lager der burmesischen Armee gegenüber Sangkhlaburi in der thailändischen Provinz Kanchaburi explodiert sei, wobei ein Zivilist und ein burmesischer Soldat getötet wurden.

\*\*\*\*\*

**Karen National Union - Büro des Obersten Hauptquartiers - 12.4.2007**

## **KNU-Erklärung zur letzten Militäroperation des SPDC**

Shan-EU <[shaneu31@yahoo.com](mailto:shaneu31@yahoo.com)> - [freeburma] <[freeburma@yahoo.com](mailto:freeburma@yahoo.com)> [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com](http://NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com).

Mit Beginn des 7. Aprils 2007 startete die Militärclique eine Militäroperation gegen die Basiszone der 7. KNLA-Brigade im Pa-an-Gebiet der KNU. Für diese Operation kamen LIBS 231, 355, 356, 546,98 und 98 von MOC-12 und einige DKBA-Einheiten zum Einsatz. Diesbezüglich geben wir, die KNU folgende Erklärung ab:

1. Im Juli 2006 versuchte der SPDC,

General Bo Mya zu einer ärztlichen Behandlung nach Rangoon zu locken. Die wurde von General Bo Mya selbst abgelehnt und der SPDC erlitt einen beschämenden Rückschlag. Er erlitt eine weitere beschämende Niederlage als am 22. Februar 2007 Bo Thin Maung überlief und sich ergab, das 6. Bataillon der 7. KNLA-Brigade und das 3. Bataillon des KNLA General-Hauptquartiers sich aber ausdrücklich dagegen stellten. Als Ergebnis dieses Versagens verhielt sich der SPDC pathologisch empört und begann die Militäroperation, um Druck auf die KNU auszuüben.

2. Der SPDC startete bereits im Februar 2006 heftige Militärangriffe in den KNU-Basisgebieten von Toungoo, Nyaunggaybin, Papun und Thaton im Norden. Diesen Militäroperationen fielen mehr als 200 Dörfer zum Opfer und verursachten Not und Elend von fast 25.000 Flüchtlingen im Innern des Landes (IDP - internally displaced persons), die Haus und Hof verlassen mussten, um im Dschungel Zuflucht zu suchen.

3. Einige Medien stellen die militärischen Auseinandersetzungen als Kämpfe der Karen untereinander dar. In Wahrheit jedoch richten sich die Militäroperationen des SPDC gegen die KNU und das Volk der Karen, da sie Teil der Pläne der Militärclique des SPDC sind, die KNU zu entzweien, den revolutionären Widerstand des Karen-Volkes zu zerstören und das Karen-Volk in einem Protektorat zu versklaven. Die jetzige Verwendung einiger bewaffneter Karen-Gruppen in diesen Operationen zeigt, dass es sich um ein seit langem systematisch geplantes Unternehmen der Militärclique handelt.

4. Wir, die KNU, werden in in unerschütterlicher Loyalität zum Volk der Karen weiter kämpfen, bis es das Recht erhält, sein eigenes politisches Schicksal zu bestimmen und werden uns allen Versuchen, die nationale Einheit und die Einheit des revolutionären Widerstandes zu zerstören, widersetzen. Wir werden uns jeglicher Schwarzseherei innerhalb der Gemeinschaft der Karen widersetzen und werden mit allen, die einen wahren Patriotismus zeigen zusammenarbeiten. Wir bitten jeden Karen eindringlich, den wirklichen gemeinsamen Feind des Karen-Volkes zu erkennen und alles zu unterlassen, was dem Feind dienen könnte, durch verräterische Taktik Karen gegen Karen aufzubringen.

5. Es ist nicht fair vom SPDC, den Dialog zu verwerfen, in dem ... ↗

.... → die fundamentalen politischen Probleme des Landes gelöst werden sollen und heimtückisch Militärangriffe gegen den Revolutionswiderstand der Karen zu führen, um die Politik der totalen Vernichtung zu verfolgen. Aus diesem Grunde verurteilen wir ihn ganz entschieden und fordern den SPDC auf, die politischen Probleme des Landes gerecht im Dialog zu lösen.

\*\*\*\*\*

Irrawaddy - 16. März 2007 -  
<http://www.irrawaddy.org/aviewer.asp?a=6821&z=163>

## NLD drängt auf einen weiteren Sonderbeauftragten für Burma

THE BURMANET NEWS - March 16, 2007 -  
 Ausgabe Nr. 3163 - "Editor" <editor@burmanet.org>  
 - [www.burmanet.org](http://www.burmanet.org)

Burmas Oppositionspartei, die National League for Democracy (NLD), drängt die Vereinten Nationen, einen neuen, hochqualifizierten Sonderbeauftragten für Burma zu ernennen. Die Stelle ist seit mehr als einem Jahr vakant.

Parteisekretär U Lwin sagte zu The Irrawaddy, dass er hofft, die UN werde bald einen Ersatz für den hochprofilierten malaysischen Diplomaten Razali finden, der das Amt in 2005 niedergelegt hatte.

Wir hoffen, dass jemand, der ein gutes Verständnis für Burma und die Region mitbringt, bald ernannt wird und nach Burma kommt.", sagte U Lwin. Er sagte nicht, wen die NLD für dieses Amt unterstützen würde.

Auf Befragen, ob die NLD jemanden aus dem Westen oder aus Asien den Vorzug geben würde, meinte der ehemalige stellvertretende Premierminister, der unter dem verstorbenen General Ne Win im Amt war, dass dies gleich sei, vorausgesetzt, der Gesandte hätte Insiderinformation und würde die Staatschefs der Region kennen. Das Wichtigste sei, so sagte er, dass der Sonderbeauftragte sich in burmesischer Politik wie auch in der Politik der Region auskenne.

Im vergangenen Jahr wurde auf verschiedene asiatische Diplomaten als mögliche Sonderbeauftragte getippt, unter Ihnen der ehemalige Präsident der Philippinen, Fidel Ramos, Jose Ramos-Horta aus Osttimor und der ehemalige indonesische Aussenminister Ali Alatas.

U Lwin sagte, dass Vertreter der NLD sich zweimal mit dem ehemaligen UN-

General-Unterstaatssekretär für politische Belange, Ibrahim Gambari, getroffen hätten und dass der UN-Diplomat mit der burmesischen Politik nicht genügend vertraut sei. Gambari hatte Burma im vergangenen Jahr zweimal besucht, und Kritiker behaupten, dass diese Besuche von der Junta dahingehend benutzt wurden, den starken internationalen Druck auf das Regime abzuschwächen und dem Ruf nach Freilassung der inhaftierten Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi zuvorzukommen. Gambari erhielt die Erlaubnis, sich in einem Gästehaus der Regierung mit der NLD-Ikone zu treffen.

Dem ehemaligen UN-Sonderbeauftragten Razali Ismail, der an den Verhandlungen zwischen der NLD und dem Regime teilgenommen hatte, wurde zwei Jahre lang die Einreise in die vom Militär regierte Nation verwehrt. Er legte sein Amt nieder, als sein Antrag auf ein Visa für Burma abgelehnt wurde.

Gambari war vom ehemaligen Chef der UN, Kofi Anan, zum kommissarischen Gesandten ernannt worden. Im Februar wurde er durch den amerikanischen Diplomaten B. Lynn Pascoe als UN-Unterstaatssekretär für politische Belange abgelöst.

Lt. Thaug Thun, einem UN-Vertreter der im Exil lebenden National Coalition Government of the Union of Burma (Nationale Koalitionsregierung der burmesischen Union) wird jedoch erwartet, dass Gambari einen weiteren Besuch in Burma machen wird.

"Er wurde nochmals eingeladen (von der Militärregierung), und es könnte möglich sein, dass es ihm nochmals möglich sein wird, zu gehen," sagte Thaug Htun.

"Es gab Überlegungen in der UN, deren Arbeit in Burma durch regelmäßige Besuche seiner Beauftragten zu institutionalisieren und entsprechende Büros im Lande einzurichten," sagte er.

Beobachter erwarten, dass in diesem Jahr der Versuch unternommen wird, die Frage der Kindersoldaten in Burma vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen.

\*\*\*\*\*

The Irrawaddy – 2. April 2007 -

Editorial-April 2007 - The Irrawaddy  
 <news@irrawaddy.org>

## Die Macht des Einzelnen

-The Irrawaddy-  
<http://www.irrawaddy.org/aviewer.asp?a=6867&z=108>

In Burma scheint Politik, besonders seit dem populären pro-demokratischen Aufbegehren, das 1988 über die Nation hinwegfegte, die ausschliessliche Domäne von Politikern, Aktivisten und Dissidenten zu sein. Die Bewegung der "Macht des Volkes", die durch die Stärke und den Mut von individuellen Bürgern angefacht worden war, scheint nichts als verschwunden zu sein.

Seit 19 Jahren bemühen sich Gruppen der Opposition und Aktivisten, die Flamme der demokratischen Bewegung am Leben zu erhalten, aber ihrem Bemühen fehlt die Kraft, den diktatorischen Staatlichen Friedens- und Entwicklungsrat zu stürzen.

Und ebenso haben gewöhnliche Bürger sich nicht entschliessen können, gegen die regierende Junta aufzustehen, die niemals gezögert hat, mit äusserster Brutalität gegen jeglichen individuellen oder kollektiven Dissens der Menschen vorzugehen.

Aber die Situation ändert sich. Am 22. Februar demonstrierte eine Gruppe von ungefähr 20 Menschen, von denen die meisten nichts mit Politik zu tun haben, in der Stadtmitte von Rangoon.

Ihre Forderungen bezogen sich nicht auf allgemeinere politische Themen der grössten Oppositionspartei der Nation, der National League for Democracy. Sie forderten nicht die Freilassung von Aung San Suu Kyi oder der fast 1.200 politischen Häftlinge im Lande. Sie forderten auch nicht die Absetzung der regierenden Junta und die Einführung von Demokratie in Burma.

Die kleine Gruppe von Demonstranten forderte nichts anderes als eine Lösung der Probleme der gelähmten Wirtschaft und sozialen Misstände und das Ende der zivilen Korruption, in anderen Worten, sie berührten alltägliche Ungerechtigkeiten, denen die Bürger des Landes ausgesetzt sind.

Frustriert durch die zunehmenden Herausforderung des täglichen Lebens in Burma, wagten es die Protestierenden, ihre Meinung über die Versäumnisse der Regierung auszusprechen - ein sicherer Weg in eines der ... →

.... ↗ vielen Gefängnisse im Lande - und ihr Mut zog einige der Beistehenden in den Protest und gewann den Beifall vieler anderer, die es ablehnten, direkt teilzunehmen.

Es war nicht überraschend, dass 16 der Teilnehmer der Gruppe inhaftiert, befragt und wieder freigelassen wurden.

Ebenfalls im Februar schrieb ein 65jähriger Mann in Rangoon seinen Unmut über die für Lebensmittel hochschliessenden Preise auf Papier und befestigte diese Zettel am Zaun vor seinem Haus. Hierin kritisierte Thein Zan auch die staatliche Presse, die nur die anrühige Propaganda der Regierung veröffentlicht.

Die Menschen in Burma fragen sich oft, wann Demokratie in ihr Land einziehen wird. Hierauf kann man nur in Übereinstimmung mit Aung San Suu Kyi antworten: "Als Antwort müssen Sie sich fragen: Was habe ich zur Demokratie beigetragen."

Suu Kyi ist seit langem der lebensnotwendige Katalysator für allgemeinen und individuellen Dissens. "Politik und die Zukunft unseres Landes haben etwas mit jedem einzelnen von Euch zu tun," sagte sie. "Es ist nicht notwendig, dass jeder einzelne Politiker wird, sondern es ist notwendig, dass jeder das tut, was er zu tun in der Lage ist - selbst wenn dies nur bedeutet, die Wahrheit zu sagen."

Ohne eine wirklich vom Volkswillen getragene Bewegung wird sich wenig in Burma ändern. Aber ein freies und blühendes Leben wird dann möglich sein, wenn einzelne Bürger aufstehen und ihre Rolle in der Politik übernehmen.

\*\*\*\*\*

**NDD Weekly** Inside News Commentary-No.285- (English Version) - P.O Box 125, Mae Sod,Tak, 63110,Thailand. E-mail:ndddrd@csloxinfo.com

**Kommentar zu wöchentlichen Nachrichten aus dem Inneren** - Nr. (285) - 2. März 2007-

## **Ethnische Waffenstillstandsgruppen: Sie graben sich ihr eigenes Grab**

"Da im Nationalkonvent eine äusserst umfassende Beteiligung ethnischer Delegierter des ganzen Landes festzustellen war, sowie von ethnischen Gruppen, die in den Schoss der Legalität zurückgefunden haben, wie auch von Menschen aller sozialer Schichten,

so kann ich behaupten, dass die Forderungen nach Dialog von denjenigen, die versucht haben, ihn zu untergraben, sich im Glanz dieses höchst bedeutsamen Nationalkonvents in Luft aufgelöst haben." So sprach Generalleutnant Thein Sein, Vorsitzender der Konvents-Einberufungskommission (NC) am letzten Tag der zehnten Sitzung des Konvents im Dezember 2006.

Thein Sein's Hauptargument in dieser Erklärung ist, dass mit **über sechs hundert (633 Teilnehmern) von mehr als tausend Delegierten (1088 Teilnehmern)**, die zur Zeit dem Nationalkonvent beiwohnen, ethnische Delegierte sind, die Waffenstillstandsgruppen angehören oder Parteien, die kapituliert haben oder Splittergruppen - und dass deshalb keine Notwendigkeit besteht, mit irgendjemandem in einen separaten Dialog einzutreten. Diese Redensweise ist eine klare Antwort nicht nur an die National League for Democracy (NLD), das Committee Representing People's Parliament (CRPP) und an Aktivisten innerhalb und ausserhalb des Landes, die unaufhörlich eine nationale Aussöhnung durch Dialog fordern, sondern auch an diejenigen ethnischen Kräfte, die einen Dreiparteiendialog verlangen.

Bewaffnete revolutionäre Gruppen, die seit 1989 eine nach der anderen Waffenstillstandsabkommen mit der Junta aufgehoben haben, hatten, unter dem Vorwand, mit friedlichen Mitteln die politischen Probleme und ethnische Rechtsfragen zu lösen, eine Verfassung auszuarbeiten, die ganz offensichtlich eine Militärdiktatur in Burma legitimiert. Es war ihnen nicht möglich, offen und frei über politische Themen oder ethnische Rechte zu sprechen.

Vertreter der ethnischen Waffenstillstandsgruppen, die am Staatlichen Friedens- und Entwicklungsrat NC teilnahmen, hatten früher die gänzliche Abschaffung der "Militärdiktatur und des Chauvinismus von Groß-Burma" verlangt, um zur Demokratie zu gelangen und die Rechte der ethnischen Gruppen durchzusetzen, während sie eine bewaffnete Revolution verfolgten. Einige dieser Gruppen hatten sogar am "Seminar der Verfassung der Union von Burma" des Nationalrates der Burmesischen Union (National Council of the Union of Burma (NCUB) teilgenommen, dem 1994 stärksten politischen Bündnis an der thai-burmesischen Grenze, wo sie leidenschaftlich und gänzlich kompromisslos - selbst in der Wortwahl - über ethnische Rechte

diskutierten. Es ist nicht zu glauben, dass die einst so aktiven und mutigen Revolutionäre jetzt unterwürfig dem Geheiss des Militärdiktators folgen.

Wegen des beharrlichen Bestehens der Öffentlichkeit sprachen einige der Vertreter der Waffenstillstandsgruppen, die am Nationalkonvent des SPDC teilnahmen, Forderungen oder Bitten aus. Im Mai 2005, als der Konvent wieder einberufen wurde, unterbreiteten 13 Waffenstillstandsgruppen ein gemeinsames Papier mit sieben Punkten, die die Gewaltenteilung auf dem Rechtssektor betrafen. Bevor der Konvent dann im Februar 2005 seine Arbeit aufnahm, schrieben sechs Waffenstillstandsgruppen gemeinsam wiederum an den Vorsitzenden der Konvent-Einberufungskommission und forderten eine neue Beurteilung und Überarbeitung des Konventprozesses. Diese Forderungen wurden jedoch nicht mit wirklich starkem Nachdruck ausgesprochen, sondern dienten nur dem Schein. Infolgedessen blinzelten die Generäle des SPDC nicht einmal für einen Augenblick als Antwort hierauf. Nicht nur wurde den Anträgen der ethnischen Waffenstillstandsgruppen keine Aufmerksamkeit geschenkt, sondern im Gegenteil nahm der SPDC Generalmajor Hso Ten, Chef der Shan State Army (SSA) fest, der ebenfalls als Delegierter am Konvent teilnahm und verurteilte ihn zu einer langjährigen Gefängnisstrafe. Die Junta schenkte der Forderung von fünf Waffenstillstandsgruppen, die seine Freilassung gefordert hatten, keine Beachtung.

Obleich die Generäle üblicherweise den Bitten der Waffenstillstandsgruppen keine Beachtung schenken, erwarten sie von diesen jedoch die umgehende Erfüllung ihrer Forderungen. Als 1998 die NLD und die CRPP den SPDC aufforderten das Parlament im Oktober 1998 einzuberufen, mussten viele Waffenstillstandsgruppen eine Erklärung herausgeben, die zugunsten des SPDC einen solchen Schritt ablehnte. Sie mussten ebenfalls die Erklärung von Sao Khampha und seiner Arbeitsgruppe, die im April 2005 die Unabhängigkeit der Shan-Staaten bekannt gab, anprangern. Weiterhin mussten im Januar, als China und Russland gegen den Resolutionsentwurf des UN-Sicherheitsrates ihr Veto einlegten, 33 Waffenstillstands-, Kapitulations- oder Splittergruppen Erklärungen herausgeben, die gegen die US, England und die NLD gerichtet waren. Eine Ausnahme machte hier die New Mons Party (Neue Partei der Mon).

.... ↗

.... ↗  
 Nachdem in diesem Schein-Konvent, an dem die Waffenstillstandsgruppen und andere ethnische Angehörige erfolgreich die einzelnen Bestandteile verschiedener Abschnitte der Verfassung angenommen hatten, einschliesslich des Abschnittes "Streitmächte", der formal eine Militärdiktatur ermöglicht, wird der Ton der SPDC-Generäle schärfer. Sie lassen jetzt durchblicken, dass zur nächste Sitzung des NC, die zu angemessener Zeit in 2007 stattfinden soll, Experten den Entwurf einer Verfassung vorlegen werden, der die Bestandteile, die vom Konvent angenommen wurden, beinhaltet und dass diese Verfassung durch ein Referendum bestätigt werden soll.

Es ist nicht bekannt, welche Vereinbarungen bezüglich der Lösung politischer Probleme und ethnischer Rechtsfragen getroffen wurden, als die bewaffneten ethnischen Gruppen und SLORC/SPDC Waffenstillstandsgespräche begannen, aber Ende 2004 gab der Chef von Nordost, Generalmajor Myint Htaing, Warnungen an die bewaffneten ethnischen Gruppen heraus, die dazu aufforderten, die folgenden dreizehn Punkte, denen sie zugestimmt hätten, strengsten zu befolgen:

1. **Nehmen Sie keinen Kontakt zu Organisationen der Opposition auf;**
2. **Sagen sie dem bewaffneten Kampf ab;**
3. **Erweitern Sie nicht die Einheiten oder die bestehende Truppenstärke, rekrutieren Sie keine neuen Männer, veranstalten Sie kein Militärtraining oder Übungen;**
4. **Erstellen Sie im Detail Listen über die Truppenzusammensetzung und Munition;**
5. **Erpressen Sie kein Geld oder Abgaben für Opium;**
6. **Unterlassen Sie Räubereien, das Plündern oder Drangsalieren von Menschen;**
7. **Bewegen Sie sich unter Armeeaufsicht und ausserhalb der festgelegten Gebiete, melden Sie sich in Militärlagern und bewegen Sie sich ohne Waffen;**
8. **Halten Sie sich von öffentlichen politischen Parteien fern;**
9. **Halten Sie sich aus der Exekutive, Verwaltung oder rechtlichen Angelegenheiten heraus;**

**10. Zersplittern Sie Entwicklung nicht, sondern legen Sie einen Ort fest, wo diese erwünscht ist;**

**11. Die Regierung muss versuchen, so gut es geht, die Lebensbedingungen ethnischer Gruppen zu unterstützen;**

**12. Die Truppe muss unter Aufsicht des Militärs in Streitmächte umgebildet werden, die die Interessen der Landesbevölkerung wahren;**

**13. Unterstützen Sie wirksam den Drogenabbau der Regierung.**

In Anbetracht dieser Bestimmungen ist es offensichtlich, dass die Waffenstillstandsabkommen der Junta mit den ethnischen Gruppen nicht darauf gerichtet sind, wirklichen Frieden und die nationale Einheit herzustellen, sondern eine systematische Strategie, die bewaffneten ethnischen Gruppen zu kontrollieren und niederzuschlagen. Deshalb müssen die Waffenstillstandsgruppen den Grad des Erreichens ihrer Ziele in Waffenstillstandsabkommen neu beurteilen, sowie auch ihre Teilnahme am Nationalkonvent.

Stimmt es, dass, wie die Junta behauptet, die Entwicklung in den ethnischen Gebieten mit großen Schritten voranschreitet? Kann die lokale Bevölkerung wirklich am Fortschritt teilhaben oder Vorteile aus den natürlicher Ressourcen ihres Landes ziehen? Sind sich die Waffenstillstandsgruppen der massiven Ausdehnung der Diktatur durch die Streitmächte bewusst? Oder der Eingrenzung ethnischer Gruppen durch Truppen der Junta in Plätzen, die sich in geringem Abstand zu ihrem Hauptquartier befinden, während sie zur selben Zeit durch Verbote daran gehindert werden, ihre Truppenstärke auszuweiten, zur Rekrutieren, militärisches Training und militärische Übungen abzuhalten. Wie weit waren sie in der Lage, den Interessen ihres Volkes zu dienen? Wie weit war es ihnen möglich, die Bevölkerung ihres Gebietes zu verteidigen? Wäre es ihnen möglich, sich selbst zu verteidigen? Haben sie immer noch die Basisgebiete, wo ihr eigenes Volk sie unterstützen kann? Können sie wirklich die Tatsache leugnen, dass sie jetzt der Militärdiktatur und dem Chauvinismus Groß-Burmas dienen, weshalb sie einst zur Erlangung von Demokratie und Anerkennung ethnischer Rechte gekämpft hatten? Alle diese Fragen sollten sie sich selbst stellen und wir schlagen vor, mit gutem Willen.

Glauben sie, dass sie alles ihnen nur mögliche getan haben und jetzt in Betracht ziehen, die Last der Verantwortung in dem Bemühen um Frieden und nationale Einheit auf das Volk abzuwälzen,? Glauben sie, dass durch die Tatsache, dass sie alle notwendigen Punkte im Konvent vorgebracht haben, ihnen keine Schuld angelastet werden kann, und nicht, wie das Volk letztlich mit Recht hat zu fordern, die Konstitution abzulehnen, deren Entwurf den Wünschen des SPDC entspricht?

Sollte dieses der Fall sein, wird diese Art von Organisationen oder Führern in der Geschichte nicht bestehen können.

Deshalb sollten ethnische Waffenstillstandsgruppen und ethnische politische Parteien, die am nationalen Scheinkonvent teilnehmen, sich nicht davon abbringen lassen, die Erfüllung ihrer Forderungen zu verlangen. Sie sollten wie die New Mon Party fest zu ihrer Überzeugung stehen. Sollten sie der bald wieder aufzunehmenden letzten Sitzung des Konvents kategorisch fernbleiben und die Prinzipien und Haltung ihrer Organisation so zum Ausdruck bringen und zum letzten Mal ganz klar den Tyrannen deutlich machen, dann, so nehmen wir an, wird dies den erbitterten Widerstand der Generäle brechen, und sie werden unweigerlich einem Dreiparteiendialog zustimmen müssen.

\*\*\*\*\*

Mizzima News - 19. April 2007

## **USDA befiehlt Angriff auf Menschenrechtsaktivisten - Ko Dee**

Zwei Menschenrechtsaktivisten wurden in Hinthada, Unterburma von einer Gruppe von 100 Menschen unbarmherzig zusammengeschlagen. Aktivisten berichteten, dass der Vorsitzende der Union Solidarity and Development Association hinter dem Angriff steckte.

"Wir sind sicher, dass der Gemeindesekretär von Hinthada, U Nyunt Oo, die Schlägerei befohlen hat. Er hielt während des Angriffs ein Walkie-Talkie, und es schien, als warte er auf einen Befehl seiner Vorgesetzten," sagte Myint Aye vom sogenannten Netzwerk für Menschenrechte.

Zwei Menschenrechtsaktivisten, Maung Maung Lay und Myint Naing, waren gestern um 13h von einer Gruppe von Menschen im Dorf Oakpon, 10 Meilen von Hinthada zusammengeschlagen worden. .... ↗

...

☞ Myint Naing kommt aus Hinthada.

Die Aktivisten sagen, dass sie den Fall melden und juristische Schritte unternehmen werden.

Myint Aye, Maung Maung Lay, Yin Kyi und Tin Maung Oo waren von Rangoon nach Hinthada gekommen, um dort auf Menschenrechte aufmerksam zu machen.

Nach einem Ausbildungsprogramm im Dorf Oakpon drohten um die 100 Personen mit Stöcken, Maung Maung Lay und Myint Naing zusammenzuschlagen. Wie berichtet wird, warteten ungefähr 300 Menschen auf der Dorfstraße und in einem Kloster auf die Aktivisten, um sie anzugreifen.

Mizzima erfuhr, dass die Behörden den Veranstalter der Ausbildung davor gewarnt haben, weiteres Training und Schiessen zu erlauben.

"Das Prügeln durch Gruppen ist eine strafbare Handlung. Das heisst, wer auch immer dahintersteckt oder der Anführer ist, ist ein Straftäter, gegen den vorgegangen werden muss. Dies wird dazu beitragen, so hoffe ich, dass solche Vorkommnisse in Zukunft unterbleiben," sagt Ko Gyi, einer der Führer der Gruppe Studenten der Generation 88.

Die zwei Opfer der Schlägerei wurden mit schweren Verletzungen in das General Hospital von Rangoon eingewiesen.

\*\*\*\*\*

VOA News - Washington - 21. April 2007

## **Menschenrechtsgruppe verurteilt Angriff auf Menschenrechtsaktivisten**

Aung Thu <aungthu@t-online.de>

Amnesty International zeigt sich besorgt über Berichte von einem Angriff auf burmesische Menschenrechtsaktivisten.

Burmesischen Zeitungen zufolge sind zwei Aktivisten, Maung Maung Lay und Myint Naing am Mittwoch von einem Dutzend Personen beim Verlassen des Dorfes Hinthada, Bezirk Irrawaddy, zusammengeschlagen und mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Lt. Aussage von Amnesty am Freitag, waren die beiden bemüht, ein Bewusstsein für Standards der Men-

schenrechte zu wecken. Sie gehörten einer Förderorganisation für Menschenrechte an.

Die Rechtsgruppe hat die burmesischen Behörden aufgefordert, den Überfall zu untersuchen und die Verantwortlichen vor den Richter zu bringen.

Sie forderten ebenfalls die Regierung auf, die Opfer zu schützen und Zeugen des Zwischenfalls vor Einschüchterungen, Bedrohungen oder Gewalt zu bewahren.

\*\*\*\*\*

The Washington Post - 3. April 2007

## **Rettungsleine für die Burmesen -**

Morton Abramowitz und Jonathan Kolieb

Jean Gale <JZGale@yahoo.com> - [freeburma] freeburma@yahoogroups.com

Internationale Politik, die darauf abzielte, das burmesische Militärregime zu öffnen, schlug fehl, selbst im Anblick einer fortdauernden bedeutenden Tragödie. Im Januar konnte die Situation in Burma nicht einmal ernsthaft die Aufmerksamkeit des UN-Sicherheitsrates gewinnen. Die Aufmerksamkeit der Welt sollte ihre Aufmerksamkeit nicht nur der Unterstützung einer demokratischen Regierung schenken, sondern auch den Gesundheits- und Ausbildungsbedürfnissen des seit langem leidenden burmesischen Volkes.

Westliche Wirtschaftssanktionen, internationaler diplomatischer Druck und "Engagement" der asiatischen Nachbarn mit der Junta haben kaum einen Fortschritt gezeitigt. Angesichts des großen Einsatzes des Militärs in die Wirtschaft ist es unwahrscheinlich, dass es die Macht übergibt. Aufstand ist unwahrscheinlich und ein Eingewechseltem durch Aussenmächte ist nicht zu empfehlen. Solange Indien und China einen umfangreichen Handel unterhalten, Entwicklungshilfe leisten und militärische Verbindungen zu dem Regime unterhalten, und Burma noch mehr natürliches Gas fördert, werden alle Bemühungen zur Beendigung oder Einschränkung einer fünfzigjährigen Militärkontrolle erfolglos bleiben.

In der Zwischenzeit lebt das 52 Millionen-Volk Burmas unter zunehmend verheerenden Bedingungen. Ein Drittel der Menschen

lebt in Armut, die zu erwartende Lebensdauer der Männer liegt bei 56 Jahren. Mehr als 30% der Kinder unter 5 Jahren leiden unter Mangelernährung, und fast die Hälfte der Kinder geht nie zur Schule. Tuberkulose und Malaria sind in bestimmten Regionen verbreitet und die Sterblichkeitsraten des Landes gehören zu den höchsten in Asien. Wenigstens 37.000 Menschen starben in 2005 an HIV/AIDS und mehr als 600.000 sind mit HIV infiziert.

Die brutalen Konflikte der Junta mit ethnischen Minderheiten haben zehntausende von Toten und tausende von zerstörten Dörfern hinterlassen. Mehr als eine halbe Millionen Menschen wurden zwangsevakuert und weitere um die 150.000 Menschen leben in Lagern an der thai-burmesischen Grenze. Berichte bestehen auf das Vorliegen von Zwangsarbeit, Menschenhandel und eine überwältigende Anzahl zwangsrekrutierter Kindersoldaten.

Burmas Entbehrungen führen auch zur Instabilität in ganz Südostasien. Der Drogenhandel, der von Burma ausgeht, ist umfassend, und mehr als eine Millionen Burmesen sind vor den ethnischen Konflikten und der Armut geflohen und haben eine hohe Rate von HIV-AIDs und anderen infektiösen Krankheiten mitgenommen.

Die Militärführung ist für die Entwürdigung des Volkes verantwortlich zu machen. Neben Vernachlässigung erhöht die Junta das Leiden des Volkes durch Misswirtschaft, gewaltige Unterfinanzierung von sozialen Schlüsseldiensten (trotz steigender Einkünfte aus Öl und Gas). die Einschränkung persönlicher Freiheit und politischer Entwicklung. Das international akzeptierte Prinzip der "Verantwortung zu schützen" ist anscheinend nicht auf das burmesische Volk zu übertragen. Die Antwort des Westens auf diese Verbrechen beschränkt sich auf moralische Empörung. Humanitäre Hilfe für ein verzweifertes Volk wäre eine bessere Antwort.

150 Mio. \$ internationale Hilfe sind, wie hilfreich sie auch sein mögen, äusserst unzureichend. Fast jedes andere Entwicklungsland erhält mehr. Das Ausmaß der burmesischen Situation würde zur Unterstützung des Gesundheits- und Ausbildungswesens, einschliesslich der Verbesserung der Infrastruktur auf diesen Sektoren, ein Engagement von internationalen privaten und öffentlichen Gebern ....☞

... über mehrere Jahre in einem Umfang von 1 Billion US\$ jährlich erfordern. Es müsste ein Konsortium von Spendern eingerichtet werden, um Projekte und deren Durchführung zu überprüfen, die Mithilfe der burmesischen Regierung zu erwirken und die Durchführung der Hilfe zu überwachen.

Es stecken jedoch Gefahren in einer humanitären Vorgehensweise. Millionen von Dollar für Hilfe können sehr wohl von der Junta umgeleitet werden, und der Zufluss an Hilfe könnte die Regierung dazu veranlassen, keine weiteren Reformen durchzuführen. Auch können wir nicht sicher sein, dass die Regierung ein solches Programm annehmen würde. Die Zusammenarbeit mit dem Regime wird immer Stückwerk sein - die Junta hat dort bereits seit langem den Hilfsorganisationen lästige Einschränkungen auferlegt. Aber eine Zusammenarbeit muss erreicht werden, ohne die keine Möglichkeit, umfassend in Burma tätig zu werden, besteht.

Westlichen Behörden und Politikern mögen sich bei dieser Herangehensweise die Haare sträuben. Wachsamkeit wird sicherlich notwendig sein, um die Risiken einer Arbeit in Burma so niedrig wie möglich zu halten. Aber Risiken sind unvermeidbar, und die Kosten für ein Nichthandeln - gemessen an der Sterblichkeitsrate, Drogensucht und Ansteckungsgefahr - lauern mehr. Die internationale Gemeinschaft ist gefangen zwischen der Notwendigkeit, sich einerseits um die sich abwärts bewegende Spirale des burmesischen Volkes zu kümmern und andererseits ungewollt das burmesische Militärregime zu unterstützen oder internationale Hilfe verschwendet zu sehen. Aber aus diesem Dilemma ist in einem annehmbaren Zeitrahmen nicht mit Klischees wie "Engagement" oder "Druck" herauszukommen.

Besorgte Länder werden sich weiter um die Freilassung von Aung San Suu Kyi, der demokratisch gewählten burmesischen Führerin, bemühen, die immer noch unter Hausarrest gehalten wird und das Militär zu einem wirklichen politischen Wandel zu bewegen. Diese Bemühungen, wie wichtig sie auch sein mögen, sind eine unzureichende Antwort auf die sich verschlimmernde Situation in Burma. Der Fokus muss sich statt auf die burmesischen Generäle auf das burmesische Volk richten. Die Vorstellung, dass eine massive und umfassende Zunahme humanitärer Hilfe in Burma auf lange Sicht zu einem politischen

Wandel führen könnte, würde den Sieg der Hoffnung über die Wirklichkeit bedeuten. Auf dieser Ebene kann ein Programm nicht gerechtfertigt werden. Aber wenn es uns gelingen sollte, das Leben von Millionen zu verbessern und weitere menschliche Katastrophen zu vermeiden, dann sind wir dazu aufgerufen, dies zu versuchen.

Morton Abramowitz ist Vorstandsmitglied der Century Foundation und ehemaliger US-Botschafter in Thailand. Jonathan Kolieb ist ausserordentliches Forschungsmittglied der Century Foundation.

[http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/04/02/AR2007040201263.html?nav=rss\\_opinions/columnsandblogs](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/04/02/AR2007040201263.html?nav=rss_opinions/columnsandblogs)

\*\*\*\*\*

**Mizzima News** ([www.mizzima.com](http://www.mizzima.com)) - 19. Apr 2007

## Interview mit dem Führer der Studentengruppe Generation

Aung Thu <aungthu@t-online.de> - <http://www.mizzima.com/MizzimaNews/Interview/Jan-2007-08.html>

Frage: Wurden Sie allein entlassen oder zusammen mit dem Rest?

Antwort: Ko Min Zeya wurde zur gleichen Zeit mit mir entlassen. Wir erfuhren dies nach unserer Freilassung. Es folgten Ko Pyone Cho, dann Ko Htay Kywe und zuletzt Ko Min Ko Naing. Wir waren alle Fünf getrennt inhaftiert und auch getrennt wieder nach Hause geschickt worden. Wir wurden getrennt untergebracht, aber ich wurde nicht aus Aung Tha Payay entlassen.

F: Worüber wurden Sie während Ihrer Inhaftierung befragt?

A: Sie befragten uns über Anschuldigungen, die in den Zeitungen gegen uns veröffentlicht worden waren. Sie fragten uns nach unserer Meinung zur nationalen Aussöhnung. Sie fragten uns weiter nach unserer Beurteilung des Nationalkonvents.

F: Weshalb wurden Sie Ihrer Ansicht nach entlassen?

A: Es war eine Art Zufall. Es ist irgendwie ein seltsamer Zufall, dass wir zu der Zeit entlassen wurden, als im UN-Sicherheitsrat die Abstimmung über Bruma anstand und die Führer der

ASEAN sich trafen. Und es geschah auch zu dem Zeitpunkt, als sich der Nationalkonvent im Rückzug befand.

F: Während Ihrer Inhaftierung gab es Berichte, dass das Innenministerium Sie dem Militär überliefern würde. Stimmt das?

A: Es wurde nur der Aufenthaltsort gewechselt, nicht aber die Art der Behandlung.

F: Wurden Sie darüber informiert, dass fünf von Ihnen in Untersuchungshaft genommen worden waren oder dass Sie vor Gericht gestellt würden? Und wie erfuhren Sie, dass Sie sich in Untersuchungshaft befanden. Was ist Ihre Beobachtung hierzu?

A: Wir wurden am Morgen des 27. September 2006 festgenommen. Wir wurden weder über den Grund der Anklage informiert noch unter welchem Akt wir festgenommen worden waren. Am 20. November erfuhren wir dann, dass wir unter 5 (J) unter Anklage standen und uns zum zweiten Mal in Untersuchungshaft befanden. Wir wissen nicht, warum wir nicht bereits beim ersten Mal informiert worden waren.

F: Nach Ihrer Festnahme gab es Berichte, dass die Junta versuchen würde, Missverständnisse unter Ihnen fünf hervorzurufen. Was ist Ihre Erfahrung während Ihrer Festnahme hierzu.

A: Wir hatten keine Gelegenheit, uns untereinander zu verständigen. Nachdem sie uns mitgenommen hatten, wurden wir getrennt untergebracht. Wir konnten uns nicht untereinander in Verbindung setzen. Wir konnten uns erst nach unserer Entlassung wieder treffen. Und ich glaube auch nicht, dass es irgendeinen Grund zu einem Missverständnis unter uns hätte geben können, da wir seit 1988 sehr eng zusammenarbeiten. Selbst wenn sie uns davon abgehalten hätten, untereinander zu kommunizieren, glaube ich nicht, dass es zu einem ernsthaften Missverständnis unter uns hätte kommen können.

F: Wie gross ist Ihre Hoffnung auf eine Resolution des UN-Sicherheitsrates bezüglich Burma?

A: Die wichtigste Rolle der UN ist es, dass nur dann auf die UN zurückgegriffen werden kann, wenn ein Volk keine Gelegenheit hat, seine eigenen inneren Angelegenheiten zu regeln. Das ist die internationale Arena. Und es ist für Burma sehr wichtig, dass ...

.... → die UN eingreift. Selbst jetzt tun wir, was wir können und suchen nach Wegen, wie das Volk beteiligt werden kann. Selbst als wir in Haft waren, versuchten unsere Brüder und Kameraden, Wege aufzutun, damit das Volk sich beteiligen kann, und was wir sahen, war sehr ermutigend.

F: Glaube Sie, dass Sie sich nach Ihrer Freilassung frei bewegen können? Und was sind Ihre weiteren Pläne?

A: Da wir gerade über freies Bewegen reden, lassen Sie mich einige Dinge hinzufügen. In der Tat ist Freiheit nur für Individuen möglich. Selbst wenn sie mich festnehmen und ins Gefängnis stecken, kann mich niemand kontrollieren, solange mein Geist frei ist. Sie mögen mich physisch kontrollieren.

Deshalb möchte ich sagen, dass unsere Freiheit davon abhängig ist, wie wir denken und dies ist mehr psychisch. Deshalb erhebt sich für uns nicht die Frage, ob wir nach unserer Entlassung frei arbeiten können oder nicht und es hängt nicht davon ab, wer uns dazu die Erlaubnis gibt oder auch nicht. Ich möchte sagen, wir sind frei zu tun was wir sollen und was wir können.

F: Wie ist Ihre Analyse der Politik in Burma für das Jahr 2007?

A: Wenn Sie nach der Analyse bezüglich der Politik in Burma für das Jahr 2007 fragen, so muss ich sagen, dass ich kein Astrologe bin. Aber ich bin der Ansicht, dass die politische Situation in 2007 davon abhängt, wieviel wir tun können und wieviel wir erreichen

wollen. In der Realität befindet sich die Politik unseres Landes an einem kritischen Scheideweg; es ist der Weg zwischen Handeln oder Sterben.

Deshalb sollten, wie immer und immer wieder von allen betont wurde, Politiker, die Militärbehörden, politische Parteien und ethnische Führer ihre Differenzen und persönlichen Groll ruhen lassen und an die gemeinsame Arbeit denken. Das ist es, was wir brauchen und das möchten wir nochmals betonen.

\*\*\*\*\*

#### Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros –  
zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie,  
wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name: .....

Adresse: .....

Tel./Fax: .....

e-Mail: .....

Bemerkungen: .....

**Übrigens:** Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto: Postbank, Dortmund Kto.Nr. 45 45 31 468 BLZ.: 440 100 46

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470 e-Mail: [burmabuero@netcologne.de](mailto:burmabuero@netcologne.de)

<http://www.burmabureaugermany.com>

#### Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

ဆရာတင်မိုး  
ခွတ်ဒေါင်းအလင်္ကျီရသို့

(လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ)

Gedichte

Von Saya Tin Moe

(80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto

#### Zehn Jahre weiter

Leben und Ansichten eines burmesischen Studenten  
während seiner politischen Gefangenschaft.

von Moe Aye

(170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto

Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln

Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470 e-Mail: [burmabuero@netcologne.de](mailto:burmabuero@netcologne.de)

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470  
e-Mail: [burmabuero@netcologne.de](mailto:burmabuero@netcologne.de) - <http://www.burmabureaugermany.com>